

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

Erschienen in:

Thomas Ellwein, Everhard Holtmann (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven (PVS-Sonderheft 1999), Opladen: Westdeutscher Verlag, 1999, 454-470.

Jürgen W. Falter/Harald Schoen
Wahlen und Wählerverhalten

Bei der Bundestagswahl 1998 führte erstmals ein Wählervotum direkt einen Regierungswechsel herbei. Während frühere Regierungswechsel durch Bundestagswahlen ermöglicht oder im nachhinein plebiszitär bestätigt wurden, hat der Urnengang 1998 der christlich-liberalen Koalition das Mandat entzogen und einem rot-grünen Bündnis zur parlamentarischen Mehrheit verholfen. Da ein plebiszitär erzwungener Regierungswechsel eine deutliche Verschiebung in den parteipolitischen Kräfteverhältnissen voraussetzt, könnte man aus dessen erstmaligem Auftreten im Jahre 1998 schließen, daß in den neunziger Jahren das Wechselpotential deutlich angewachsen ist. Ebensogut könnte jedoch ein solches Potential bereits seit längerer Zeit geschlummert haben, aber erst 1998 in nennenswertem Umfang aktualisiert worden sein. Um herauszufinden, welche der beiden Deutungen die Realität besser beschreibt, werden wir im folgenden die Wechselbereitschaft der deutschen Wählerschaft in den letzten fünf Dekaden untersuchen. Dazu werden wir zunächst einen skizzenhaften Überblick über die bundesdeutsche Wahlgeschichte geben, anschließend anhand der beiden dominierenden Ansätze in der Wahlforschung das Wechselpotential bestimmen, ehe wir die Konsequenzen der festgestellten Verschiebungen kurz diskutieren werden.

1. Die Bundestagswahlen 1949-1998 im Überblick

Im internationalen Vergleich weist die Bundesrepublik Deutschland bei nationalen Wahlen traditionell eine sehr hohe Wahlbe-

teiligung auf. An den vierzehn bisherigen Bundestagswahlen nahmen stets mindestens drei Viertel der Wahlberechtigten teil. Schon bei der ersten Bundestagswahl 1949 gingen knapp vier von fünf Wahlberechtigten zur Wahl; in den fünfziger Jahren stieg die Wahlbeteiligung dann bereits auf über 85% an. Bis in die Mitte der achtziger Jahre konnte dieses Niveau gehalten oder noch übertroffen werden. Die Spitzenwerte 1972 und 1976 lagen sogar über 90%, ein Anteil, der die obere Grenze des in freien Wahlen ohne sanktionsbewehrte Wahlpflicht erreichbaren Niveaus darstellen dürfte (vgl. Crewe 1981: 234). Erst am Beginn der neunziger Jahre sank die Wahlbeteiligungsrate dann wieder unter die Marke von 80%. Dabei handelte es sich jedoch weniger um einen dramatischen Abwärtstrend als um eine Abschwächung auf - im internationalen Vergleich - immer noch hohem Niveau. An Dramatik verliert diese zunächst mit großer Sorge betrachtete Entwicklung zudem, da sowohl 1994 als auch 1998 die Wahlbeteiligung wieder leicht zunahm, was auf eine Stabilisierung des Niveaus hindeutet. Der nach wie vor überdurchschnittliche Wahleifer der Deutschen ist dabei, wie die Wahlforschung herausgefunden hat, primär auf die vor allem bei älteren Wählern noch weitverbreitete Auffassung zurückzuführen, das Wahlrecht sei mit einer Art moralischer Wahlpflicht verbunden (vgl. Falter/Schumann 1993, Rattinger/Krämer 1995).

Tabelle 1: Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949 bis 1998 (1953-1998: Zweitstimmenanteile)

Wahljahr	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Wahlbeteiligung	78,5	86,0	87,8	87,7	86,8	86,7	91,1	90,7	88,6	89,1	84,3	77,8	79,0	82,2
CDU/CSU	31,0	45,2	50,2	45,3	47,6	46,1	44,9	48,6	44,5	48,8	44,3	43,8	41,4	35,2
SPD	29,2	28,8	31,8	36,2	39,3	42,7	45,8	42,6	42,9	38,2	37,0	33,5	36,4	40,9
F.D.P.	11,9	9,5	7,7	12,8	9,5	5,8	8,4	7,9	10,6	7,0	9,1	11,0	6,9	6,2
Die Grünen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,5	5,6	8,3	3,9	7,3

Bündnis 90/Grüne	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,2	-	-
Kommunisten ¹	5,7	2,2	-	1,9	1,3	0,6	0,3	0,3	0,2	0,2	-	-	-	-	-
PDS	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,4	4,4	5,1
DP	4,0	3,3	3,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BHE/GB	-	5,9	4,6	2,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
DRP, NPD ²	1,8	1,1	1,0	0,8	2,0	4,3	0,6	0,3	0,2	0,2	0,6	0,3	-	0,3	-
REP	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,1	1,9	1,8
DVU	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,2
Sonstige	16,4 ³	4,0 ⁴	1,3	0,2	0,3	0,6	0,1	0,3	0,1	0,1	0,8	1,8	1,7	2,6	
Effekt. Parteienzahl ⁵	4,8	3,3	2,8	2,8	2,6	2,5	2,4	2,4	2,5	2,6	2,9	3,1	3,2	3,3	
Stimmensplitting ⁶	-	10,0	6,5	4,4	6,7	8,0	8,8	6,1	10,1	10,6	13,5	16,2	16,3	20,9	

¹ 1949 und 1953: KPD, 1961 und 1965: DFU, 1969: ADF, 1972-1983: DKP.

² 1949-1961: DRP (Deutsche Reichspartei), ab 1965: NPD.

³ Darunter: Parteilose: 4,8%, BP: 4,2%, Zentrumsparterie: 3,1%, WAV: 2,9%.

⁴ Darunter: BP: 1,7%, GVP: 1,2%, Zentrumsparterie: 0,8%.

⁵ Dieser Wert berechnet sich als: $1/\sum(p_i^2)$, wobei p_i für den Zweitstimmenanteil der jeweiligen Partei steht. Vgl. Laakso, Taagepera, 1979, S. 4.

⁶ Die Werte 1953 bis 1990 sind auf Grund der repräsentativen Wahlstatistik berechnet, für die Jahre 1994 und 1998 wurden Wahltagsbefragungen verwendet.

Die Höhe der Wahlbeteiligung läßt sich als ein erstes Indiz für die Zustimmung der Bürger zum demokratischen System interpretieren. Ein klarerer Indikator hierfür ist jedoch, für welche Parteien sich die Stimmbürger entscheiden. Besonderes Augenmerk gilt dabei im folgenden dem parteipolitischen Kräfteverhältnis, da dieses ein wesentliches Charakteristikum eines Parteiensystems darstellt.¹

Anhand dieses Kriteriums läßt sich die Entwicklung in der Bundesrepublik grob in drei Phasen untergliedern. Am Beginn stand ein relativ stark zerklüftetes Parteiensystem, was sich an dem Wert von knapp fünf effektiven Parteien bei der ersten Bundestagswahl ablesen läßt. Mehrere Indikatoren deuteten am Anfang der Bundesrepublik auf eine Fortsetzung der Weimarer Parteienzersplitterung hin, was einen Analytiker der Bundestagswahl von 1949 dazu bewog, diese „ebensosehr als letzte Weimarer wie

¹ Siehe für einen Überblick über mögliche Kriterien zur Typologisierung von Parteiensystemen Lange/Meadwell (1985) sowie Niedermayer (1996).

als erste bundesrepublikanische Wahl" (Falter 1981: 260) zu charakterisieren.

Entgegen manchen Befürchtungen setzte in den fünfziger Jahren jedoch, getragen vom 'Wirtschaftswunder', das deutsche „Wahlwunder“ (Sternberger 1953) ein. Den Unionsparteien unter Adenauer gelang es, vielen kleinen bürgerlichen und konservativen Gruppierungen mit einer geschickten Umarmungsstrategie die politische Existenzgrundlage zu rauben. Das brachte der Union 1953 dramatische Stimmenzuwächse und den Gewinn der absoluten Mehrheit 1957 ein; auf der Systemebene führte die Integrationsleistung der Union zu einer spürbaren Konzentration des Parteiensystems, was sich an der deutlich sinkenden Parteienzahl ablesen läßt.

Zunächst setzte sich im eingangs der sechziger Jahre etablierten „Zweieinhalb-Parteiensystem“ (Blondel 1968) die Asymmetrie zugunsten von CDU und CSU fort. Nachdem sich die SPD jedoch vom Leitbild einer sozialistischen Partei verabschiedet und das Konzept der linken Volkspartei übernommen hatte, gelang es ihr bald mit Hilfe des 'Genossen Trend', den großen Vorsprung der Unionsparteien im Kampf um die Wählergunst wettzumachen und diese 1972 sogar erstmals zu überflügeln. Die relative Schwäche von CDU und CSU verstärkte sich dadurch, daß die FDP seit 1969 eine Koalition mit der SPD einging. Als die Gemeinsamkeiten beider Partner aufgebraucht waren, trennten sich ihre Wege wieder: die FDP verhalf erneut einer christlich-liberalen Koalition zur Mehrheit. Daran wird die komfortable Position der FDP im Zweieinhalb-Parteiensystem deutlich, die es ihr fast viereinhalb Jahrzehnte lang erlaubte, das Zünglein an der Waage zu spielen, und ihr weit größere Macht zu wachsen

ließ, als es ihre eher bescheidenen Stimmanteile vermuten ließen.

In den achtziger Jahren schloß sich an die Phase der Stabilität eine neue Dekonzentrationstendenz des Parteiensystems an. Ihren klarsten Niederschlag fand diese im Aufstieg der Grünen von der außerparlamentarischen Bewegung zur etablierten Parlamentspartei und schließlich, seit 1998, zum Regierungspartner. Früchte dieser neuen Ausdifferenzierung sind auch neue Parteien auf der anderen Seite des politischen Spektrums, wie etwa die Republikaner. Da das Aufkommen neuer Gruppierungen unter den einstigen Wählern der etablierten Parteien eine gewisse Wechselbereitschaft voraussetzt, deuten die neuen Verschiebungen in der politischen Landschaft auf eine gewachsene elektorale Mobilität der Bürger hin.

Einen zusätzlichen Schub erhielt diese Entwicklung durch die Wiedervereinigung. Denn mit der PDS konnte sich eine genuin ostdeutsche Partei auf der politischen Bühne etablieren. Für das gesamtdeutsche Parteiensystem bringt dies eine Ausdifferenzierung mit sich, was sich in der steigenden effektiven Parteienzahl niederschlägt. Bei genauerer Betrachtung verbergen sich hinter dem vielfältiger werdenden gesamtdeutschen Parteiensystem jedoch zwei Parteiensysteme: ein westdeutsches, das seine Gestalt im Vergleich zum Ende der achtziger Jahre kaum verändert hat, und ein ostdeutsches. Letzteres hebt sich einerseits dadurch ab, daß die stärksten Parteien im Vergleich zu Westdeutschland relativ schwach sind, andererseits durch die PDS, die sich beachtlichen Wählerzuspruchs erfreut. Die Entwicklung scheint bisher nicht in eine Konvergenz beider Teilsysteme zu münden - im Gegenteil, die Wahl 1998 deutet eher auf eine Vergrößerung der Kluft hin.

Tabelle 2: Die Bundestagswahlen in West- und Ostdeutschland 1990 bis 1998 (Zweitstimmenanteile)

	1990		1994		1998	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Wahlbeteiligung	78,6	74,5	80,5	72,6	82,8	80,0
CDU/CSU	44,3	41,8	42,1	38,5	37,0	27,3
SPD	35,7	24,3	37,5	31,5	42,3	35,1
F.D.P.	10,6	12,9	7,7	3,5	7,0	3,3
Bündnis 90/Die Grünen	4,8	0,1	7,9	4,3	7,3	4,1
Bündnis 90/Grüne (Ost)	-	6,2	-	-	-	-
PDS	0,3	11,1	1,0	19,8	1,2	21,6
REP	2,3	1,3	2,0	1,3	1,9	1,5
DVU	-	-	-	-	0,8	2,8
Sonstige	2,0	2,4	1,8	1,1	2,5	4,3
Effektive Parteienzahl	3,0	3,7	3,0	3,4	3,1	4,0

Die Ausdifferenzierung des Parteiensystems seit Mitte der 80er Jahre spricht für eine gestiegene Wechselbereitschaft der Wähler. Eine erste Bestätigung erfährt diese Vermutung durch die gestiegene Bedeutung des Stimmensplittings bei Bundestagswahlen. Diese Art der Stimmabgabe, die man etwas überspitzt auch als simultane Wechselwahl bezeichnen kann, erfreut sich seit 1961 einer beinahe kontinuierlich wachsenden Beliebtheit; allerdings muß man in Rechnung stellen, daß Stimmensplitting zumindest teilweise auch taktischen Erwägungen entspringt, weshalb dieser Indikator nicht nur Wechselbereitschaft mißt.

3. Das Wechselpotential in der *cleavage*-Theorie

Die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan (1967) stellt eine Verbindung zwischen der in der sozialen Situation begründeten Interessenlage von Wählergruppen und deren Vertretung durch Parteien in der politischen Arena her. Ihrer Auffassung zufolge haben sich im Laufe der Geschichte zentrale gesellschaftliche Konfliktlinien, sogenannte *cleavages*, herausgebildet, ent-

lang derer sich die Gruppeninteressen allmählich organisierten. Politische Relevanz gewannen diese gesellschaftlichen Prozesse dadurch, daß sich die Gruppeninteressen über die Bildung einer Partei eine politische Vertretung schufen oder ein Bündnis mit einer bestehenden Partei eingingen. Eine solche Allianz zwischen sozialen Gruppen und politischen Parteien auf der Eliteebene sorgt dafür, daß die Angehörigen des entsprechenden Bevölkerungssegments überdurchschnittlich häufig für die verbündete Partei votieren (vgl. Pappi 1977).

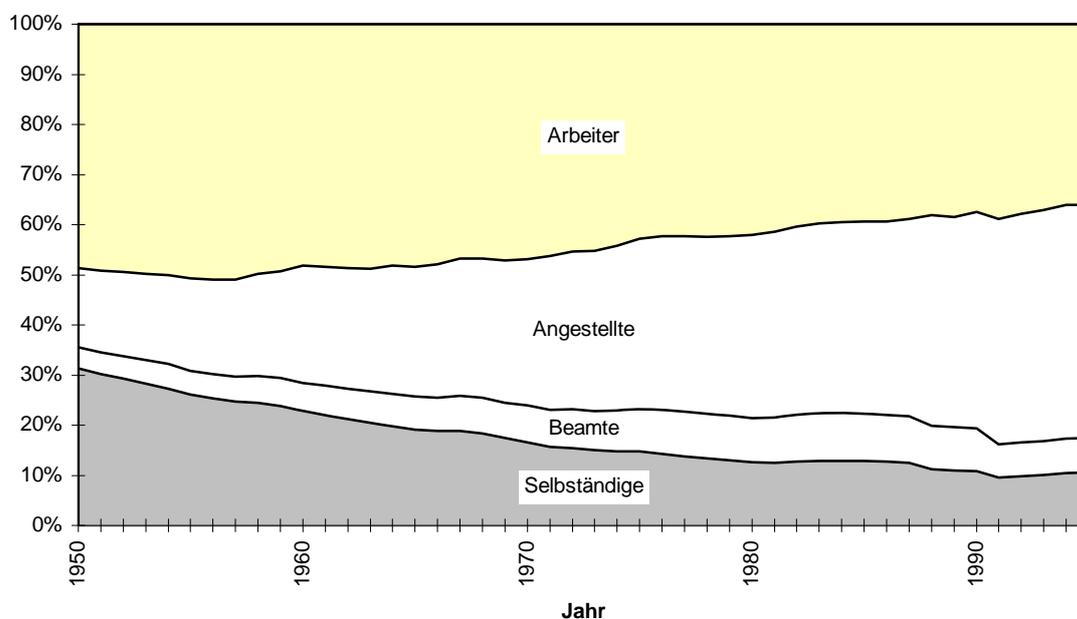
In der deutschen Politik erlangten das konfessionell-religiöse und das ökonomische *cleavage* nachhaltige politische Bedeutung. Der Kampf zwischen Staat und Kirche hat in Deutschland seinen Niederschlag in der Gründung der Zentrums-Partei als politischer Vertretung der Katholiken gefunden. Dessen Tradition nahmen nach dem Zweiten Weltkrieg die beiden Unionsparteien auf; jedoch beließen sie es nicht dabei, katholische Interessenvertretung zu sein, sondern übernahmen die Funktion einer überkonfessionellen christlichen Sammlungsbewegung, worin sich eine Akzentverschiebung von einem konfessionellen zu einem religiösen Konflikt abzeichnet. Der ökonomische Konflikt zwischen Beschäftigten und Kapitaleignern hat am Ende des 19. Jahrhunderts zur Gründung der SPD geführt, die nach 1945 ihre Funktion als politische Vertretung der Arbeiterbewegung wieder aufnahm.

Beide Konfliktlinien zeigen ihre politische Prägekraft am deutlichsten an der Wahlurne. Entsprechend sollten sich Angehörige verschiedener Gesellschaftssegmente in ihrer Parteipräferenz unterscheiden. Die SPD sollte normalerweise für Arbeiter die Partei der Wahl sein, christliche Wähler, insbesondere Katholiken, sollten CDU oder CSU den Vorzug geben. Da die Uni-

onsparteien auch ökonomisch konservativere Positionen vertreten, können sie, ebenso wie die FDP, zugleich als Partner des alten Mittelstandes gelten. In noch stärkerem Maße als die Zugehörigkeit zu einem sozialen Segment beeinflusst die Bindung an eine entsprechende Interessenorganisation das Votum zugunsten der verbündeten Partei. Deshalb dürfen Gewerkschafter und regelmäßige Kirchgänger als Kernklientel von SPD bzw. CDU und CSU gelten.

Da sich die Position einer Person in der Sozialstruktur kurzfristig kaum verändert, führt eine vollständig „politisierte Sozialstruktur“ (Pappi/Terwey 1982: 193) trotz des steten, aber langsam verlaufenden sozialen Wandels zu einer weitgehenden Stabilität der parteipolitischen Kräfteverteilung über die Zeit. Das Wechselpotential kann sich aus zweierlei Quellen speisen. Zum einen kann sich der Bevölkerungsanteil, dessen politische Haltung sozialstrukturell determiniert ist, verringern. Zum anderen könnte der politische Einfluß der Sozialstruktur zurückgehen, was darin zum Ausdruck käme, daß beispielsweise unter den Arbeitern die Neigung, die Stimme der SPD zu geben, über die Zeit abnehme. Um beiden möglichen Verschiebungen auf die Spur zu kommen, werden wir im folgenden zunächst die für die *cleavage*-Theorie relevante Entwicklung der Sozialstruktur diskutieren und dann untersuchen, ob sich die Wahlentscheidung bestimmter sozialer Gruppen bei den bisherigen Bundestagswahlen verändert hat.

Abbildung 1: Entwicklung der Berufsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1995



Quelle: Jesse (1997a: 210). 1950-1990: ursprüngliches Bundesgebiet, ab 1991: Gebiet des wiedervereinigten Deutschlands.

Im Hinblick auf den sozioökonomischen Konflikt zeichnen sich deutliche Verschiebungen in der Bevölkerungskomposition ab. Wie Abbildung 1 zu entnehmen ist, sank die quantitative Bedeutung der alten Mittelschicht, also der Selbständigen, Freien Berufe und Landwirte, relativ dramatisch von etwa 30% am Beginn der fünfziger Jahre auf nur noch zehn Prozent in den neunziger Jahren. Ebenfalls an Bedeutung hat die Arbeiterschaft verloren. Gab 1950 noch die Hälfte der Erwerbstätigen an, Arbeiter zu sein, sank dieser Anteil seitdem auf weniger als 40%. Damit büßte die Arbeiterschaft ihre Stellung als größte Gruppe innerhalb der Erwerbstätigen ein. Denn waren 1950 nur 20% der Erwerbstätigen als Angestellte oder Beamte

beschäftigt, übertraf die sogenannte „neue Mittelschicht“ (Dahrendorf 1957) die Arbeiter Mitte der siebziger Jahre erstmals in ihrer quantitativen Bedeutung; in den neunziger Jahren zählt mehr als die Hälfte der Berufstätigen zu dieser neuen Schicht. Obgleich sich die ostdeutsche Sozialstruktur von der westdeutschen unterscheidet, brachte die Wiedervereinigung in dieser Hinsicht lediglich marginale Veränderungen (siehe Statistisches Bundesamt 1997: 87).

Eine ähnliche Verschiebung ist im Falle der konfessionell-religiösen Konfliktlinie zu beobachten. Zum einen ist der Anteil der Kirchenmitglieder in der Bundesrepublik in den letzten fünfzig Jahren deutlich zurückgegangen. Zum anderen hat unter den verbliebenen Kirchenmitgliedern die Bindung an die Kirche abgenommen. Dies verdeutlicht die erheblich gesunkene Kirchgangshäufigkeit: Unter den Katholiken sank der Anteil der regelmäßigen Gottesdienstbesucher zwischen 1953 und 1990 von 60 auf 26 Prozent; bei den Protestanten ergab sich im gleichen Zeitraum ein Rückgang von 19 auf 7 Prozent (vgl. Metje 1994: 131). Schließlich hinterließ die Wiedervereinigung hinsichtlich der religiös-konfessionellen Konfliktlinie deutlichere Spuren als hinsichtlich des ökonomischen *cleavages*. Denn 1989 gehörten in der DDR nur rund 25 Prozent der evangelischen und ganze sechs Prozent der katholischen Kirche an. Entsprechend sind mehr als zwei Drittel der dortigen Bevölkerung konfessionslos oder fühlen sich einer anderen Religion zugehörig, was in Westdeutschland auf lediglich 19 Prozent zutrifft. Überdies liegt in den neuen Ländern die Quote der kirchengebundenen Christen deutlich unter dem Wert im Westen der Republik (vgl. Gluchowski/Wilamowitz-von Moellendorff 1997: 197-198). Dadurch konnte die Wiedervereinigung der Säkularisierungstendenz einen

weiteren Schub verleihen, so daß Mitte der neunziger Jahre in Deutschland nur noch etwa 34 Prozent der Bevölkerung Protestanten und rund ein Drittel Katholiken sind, während ein weiteres knappes Drittel konfessionslos ist oder einer anderen Religion angehört (eigene Berechnungen anhand von Statistisches Bundesamt 1997: 177-178).

Die politische Bedeutung dieser gesellschaftlichen Verschiebungen liegt auf der Hand. Mit der alten Mittelschicht ist die Kernklientel der Unionsparteien und der FDP geschrumpft. Das Abschmelzen der Arbeiterschaft führte zu einem Bedeutungsverlust der Stammwählerschaft der SPD. Ebenso ist im Zuge der gesellschaftlichen Säkularisierung der Anteil der gläubigen Christen, einer Kernklientel von CDU und CSU, zurückgegangen. Gleichzeitig nahm der Anteil jener Bürger zu, die im sozioökonomischen Konflikt keine a priori festgelegte Position einnehmen: Einerseits sind die Angestellten und Beamten abhängig Beschäftigte, andererseits unterscheiden sich ihre Tätigkeiten deutlich von den manuellen Aufgaben der traditionellen Arbeiter. Kurzum, das Wechselpotential in Gestalt nicht durch cleavages von vornherein parteipolitisch festgelegter Wähler ist in den vergangenen Jahrzehnten zu Lasten der Stammwählergruppen der beiden großen Parteien spürbar angewachsen.

Daran schließt sich die Frage an, ob die beiden Konfliktlinien im Laufe der vergangenen fünf Dekaden an politischer Prägestkraft verloren haben. Zu diesem Zweck untersuchen wir die Wahlentscheidung in Abhängigkeit von der Stellung im Beruf und der Gewerkschaftsmitgliedschaft sowie der Konfessionszugehörigkeit und Kirchgangshäufigkeit.

Tabelle 3: Stellung im Beruf und Wahlentscheidung 1953 bis 1998 (Zweitstimmenanteile)

CDU/CSU	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Selbst./Landwirte	55	66	67	67	71	58	67	56	66	58	63	55	38
Angest./Beamte	49	49	52	55	41	38	44	39	41	46	43	36	36
Arbeiter	35	35	39	42	39	30	40	31	41	40	34	38	31
SPD	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Selbst./Landwirte	9	8	11	14	16	26	21	33	23	30	19	20	24
Angest./Beamte	26	14	28	33	50	52	43	48	49	38	40	39	46
Arbeiter	48	43	55	55	56	66	55	61	52	51	57	49	57
FDP	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Selbst./Landwirte	16		19	15	7	15	12	9	7	6	11	16	19
Angest./Beamte	14		18	10	6	9	12	10	4	7	7	6	5
Arbeiter	4		4	2	3	4	4	5	3	2	4	5	2
Die Grünen	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Selbst./Landwirte	-	-	-	-	-	-	-	1	4	6	4	7	14
Angestellte, Beamte	-	-	-	-	-	-	-	3	5	9	7	14	11
Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	2	4	5	2	4	4
Sonstige	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Selbst./Landwirte	21	26	2	4	5	1	1	-	0	1	4	3	6
Angest./Beamte	11	37	2	2	4	1	1	0	1	1	3	5	2
Arbeiter	13	22	3	1	2	1	1	1	1	1	3	5	7

Quellen: 1953: Reigrotzki-Studie, 1957: DIVO, 1961-1990: Bundestagswahlstudien, 1994: Politbarometer, 1998: DFG-Projekt 'Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland'. Ungewichtete Daten.

Anmerkung: Sämtliche Angaben zur Bundestagswahl 1957 beruhen nicht auf EDV-lesbaren Daten, sondern auf dem Berichtsband des Erhebungsinstituts. Die dort gemachten Angaben sind nicht auf die Befragten mit einer Parteipräferenz prozentuiert, vielmehr sind auch jene einbezogen, die keine Angabe machten.

Wie Tabelle 3 zeigt, läßt sich im Hinblick auf die Unionsparteien ein solcher Wandel bis in die neunziger Jahre hinein nicht entdecken. Denn zwischen 1953 und 1994 stimmten durchweg mindestens 55% der Selbständigen und Landwirte für CDU oder CSU; die zu beobachtenden Schwankungen sind eher politischen Periodeneffekten zuzuschreiben und unterliegen keinem eindeutigen Trend. Betrachtet man den relativen Erfolg in den verschiedenen Berufsklassen, gelangt man zu demselben Ergebnis. Stets liegt der Zuspruch für die Unionsparteien in ihrer klassischen Klientel deutlich über jenem in der neuen Mittelschicht. Erst 1998 scheint eine Veränderung auf: CDU und CSU mußten deutliche Verluste bei ihrer Stammwählerschaft hinnehmen, und ihr Wählerprofil hat seine klaren sozialstrukturellen

Konturen eingebüßt. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich dahinter eine fundamentale Verschiebung verbirgt oder lediglich eine einmalige Ausnahme vorliegt. Für die FDP als die andere Vertreterin von Mittelstandsinteressen zeichnet sich ein ganz ähnliches Bild ab. Der grundlegende Zusammenhang wird allenfalls durch politische Kurzfristfaktoren etwas aufgeweicht. Im Falle der SPD läßt sich ein etwas anderes Muster erkennen. Zwar konnten die Sozialdemokraten bei Bundestagswahlen stets auf mindestens die Hälfte der Arbeiter zählen. Ihre Unterstützung in der alten und der neuen Mittelschicht hat dagegen systematisch zugenommen: War sie bis in die sechziger Jahre hinein hier in einem 10%- bzw. 30%-Turm gefangen, wurde sie seitdem stets von mindestens 20% bzw. 40% dieser Schicht gewählt. Die SPD hat also eine Metamorphose von einer klassischen Arbeiterpartei zu einer umfassenden Arbeitnehmerpartei erfahren.

Tabelle 4: Wahlentscheidung in Abhängigkeit von der Gewerkschaftsmitgliedschaft bei den Bundestagswahlen 1953 bis 1998 (Zweitstimmenanteile)

CDU/CSU	1953	1957	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Gewerkschaftsmitglied	30	26	30	28	25	26	23	34	28	31	27	22
- Arbeiter	26		28	29	21	27	23	31	26	27	27	21
- Angestellte, Beamte	43		34	26	30	26	25	36	30	35	27	24
Kein Mitglied	47		57	49	45	51	42	46	49	45	42	35

SPD	1953	1957	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Gewerkschaftsmitglied	60	48	65	67	67	63	67	56	59	58	58	62
- Arbeiter	66		73	69	76	66	68	60	65	67	67	73
- Angestellte, Beamte	43		46	63	57	61	65	54	54	50	49	56
Kein Mitglied	27		34	44	46	39	46	45	38	40	35	42

FDP	1953	1957	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Gewerkschaftsmitglied	5		4	5	7	10	7	3	2	4	3	3
- Arbeiter	4		0	2	3	5	6	2	2	3	1	0
- Angestellte, Beamte	5		17	9	11	13	7	5	3	5	4	4
Kein Mitglied	11		8	5	9	9	9	4	6	7	8	6

Quellen: 1953: Reigrotzki-Studie, 1957: DIVO-Studie, 1965-1990: Bundestagswahlstudien, 1994: Politbarometer, 1998: DFG-Projekt 'Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland'. Ungewichtete Daten.

Zieht man die Gewerkschaftsmitgliedschaft als Indikator für die Bindung an die Arbeitnehmerbewegung heran, erkennt man,

daß auch dieses Merkmal nichts von seiner politischen Wirksamkeit eingebüßt hat. Denn seit 1953 lag die Zustimmung für die SPD in den Reihen der Gewerkschafter systematisch um etwa 20 Prozentpunkte über jener der nichtorganisierten Arbeitnehmer. Umgekehrt konnten CDU und CSU unter den gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitnehmern stets einen um 15 bis 20 Prozentpunkte größeren Rückhalt verbuchen als unter den Gewerkschaftsmitgliedern. Die FDP-Unterstützung zeigt kein so eindeutiges Muster. Es scheint, als variere ihr relativer Zusppruch mit dem politischen Lager, dem sie zuzurechnen ist: In Zeiten christlich-liberaler Bündnisse konnten sich Gewerkschafter weniger für die FDP erwärmen, während in der sozial-liberalen Ära ihre Neigung, FDP zu wählen, zunahm.

Differenziert man die Wirkung der Gewerkschaftsmitgliedschaft nach der Stellung im Beruf, zeigen sich die erwarteten Unterschiede. Unter den Gewerkschaftern neigen die Angestellten und Beamten stärker zur Wahl von CDU, CSU und FDP als die Arbeiter, während die SPD - in weit größerer Deutlichkeit - stets stärkeren Rückhalt unter gewerkschaftlich organisierten Arbeitern als bei Angehörigen der neuen Mittelschicht findet. Hier werden die historischen Wurzeln der SPD als politischer Arm der organisierten Arbeiterschaft sichtbar.

Die Wiedervereinigung hat nicht nur Verschiebungen in der bundesdeutschen Sozialstruktur mit sich gebracht, sondern auch deren politische Wirkung leicht modifiziert (Tabelle 5). Die starke Affinität von Selbständigen zu den Unionsparteien und die stark unterdurchschnittliche Tendenz dieser Gruppe zur SPD ist in Ostdeutschland ebenso zu beobachten wie im Westen. Dagegen widerspricht das Stimmverhalten der ostdeutschen Arbeiter 1990 und 1994 diametral den westdeutschen Erfahrungen. In

beiden Wahlen wurde die CDU in dieser Gruppe zur stärksten Partei; es gelang ihr, die Hälfte der Arbeiterstimmen auf sich zu vereinigen. Dagegen blieb die SPD mit einem Viertel bzw. einem guten Drittel der Arbeiterstimmen sowohl weit hinter der Union als auch hinter ihren im Westen üblichen Werten zurück. Selbst unter den Gewerkschaftsmitgliedern konnte die SPD 1994 die CDU nicht überflügeln; lediglich bei den organisierten Arbeitern traten die vom Westen her bekannten Zusammenhänge auf. Erst 1998 lassen sich auch im Osten die bekannten Allianzen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien finden: Arbeiter, insbesondere solche mit gewerkschaftlicher Bindung, präferieren nunmehr deutlich die SPD, Selbständige die CDU.

Zunächst scheint folglich die Wiedervereinigung die üblichen Muster der Interessenvermittlung zugunsten der CDU als 'Partei der Einheit' außer Kraft gesetzt zu haben. Nicht zuletzt darauf dürften am Anfang der neunziger Jahre die Unionserfolge in den einstigen sozialdemokratischen Hochburgen Mitteldeutschlands zurückzuführen sein. Nach dem Ende dieser Ausnahmephase kehrte jedoch der politische Alltag ein, wurden die aus Westdeutschland bekannten Bündnisse zwischen Parteien und Verbänden geschlossen, glichen sich die Parteipräferenzen an das von den alten Bundesländern her gewohnte Muster an.

Tabelle 5: Die Wahlentscheidung in Abhängigkeit von der Stellung im Beruf in Ostdeutschland bei den Bundestagswahlen 1990-1998 (Zweitstimmenanteile)

	CDU	SPD	FDP	Grüne	PDS	Sonstige
1990						
Selbständige, Landwirte	54	22	8	5	-	11
Angestellte, Beamte	39	26	11	9	8	7
Arbeiter	52	25	6	3	5	8
1994						
Selbständige, Landwirte	56	20	-	2	16	6
Angestellte, Beamte	36	33	3	7	20	2
Arbeiter	47	37	1	5	10	1

Gewerkschaftsmitglied	35	33	2	5	23	3
- Arbeiter	36	42	1	6	14	1
- Angestellte, Beamte	34	25	2	4	30	4
kein Mitglied	44	34	2	6	13	1
1990						
Selbständige, Landwirte	37	21	0	5	21	16
Angestellte, Beamte	26	38	2	4	26	4
Arbeiter	29	38	4	1	18	12
1994						
Gewerkschaftsmitglied	18	37	0	7	36	7
- Arbeiter	6	44	0	6	31	13
- Angestellte, Beamte	17	29	0	8	42	4
kein Mitglied	29	32	3	2	19	9

Quelle: 1990, 1994: Politbarometer, 1998: DFG-Projekt 'Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland'. Ungewichtete Daten.

Bemerkenswert am Wahlverhalten in Ostdeutschland erscheint schließlich die soziale Zusammensetzung der PDS-Wähler. Da sich die PDS programmatisch als dezidiert linke Partei präsentiert, könnte man vermuten, daß sie sich vorwiegend auf Arbeiter stützt. Entgegen dieser Erwartung wurde die PDS bisher stets häufiger von Angestellten und Beamten als von Arbeitern gewählt; 1994 wurde die PDS sogar relativ stärker von den Selbständigen als von den Arbeitern unterstützt. Dies gilt selbst für die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer: Auch unter Gewerkschaftsmitgliedern bleiben die Arbeiter deutlich hinter den Angehörigen der neuen Mittelschicht zurück. Dies deutet darauf hin, daß die PDS viel weniger eine Partei der Zukurzgekommenen als der ehemaligen DDR-Elite ist (vgl. Falter/Klein 1994).

Auf der konfessionell-religiösen Konfliktlinie ist für die ursprüngliche Bundesrepublik ebenfalls mehr Kontinuität als Wandel zu konstatieren. Die Unionsparteien fanden zwischen 1953 und 1998 unter den Katholiken stets deutlich größeren Rückhalt als unter den Protestanten, wobei sich am Anfang der neunziger Jahre eine Abschwächung des konfessionellen Effekts abzuzeichnen scheint. Komplementär dazu errangen die Sozialdemokraten

unter den Protestanten immer weitaus mehr Stimmen als unter den Katholiken.

Die Wirkung der Kirchenbindung ist bei den Angehörigen beider christlichen Konfessionen gleich. Je häufiger jemand den Gottesdienst besucht, um so eher neigt er dazu, für eine der Unionsparteien zu stimmen. Umgekehrt schwächt sich unter Mitgliedern beider Konfessionen mit wachsender Kirchenbindung die Neigung zur SPD ab.

Tabelle 6: Die Wahlentscheidung in Abhängigkeit von Konfession und der Stärke der Kirchenbindung bei den Bundestagswahlen 1953 bis 1998 in Westdeutschland (Zweitstimmenanteile)

CDU/CSU	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Katholiken	58	57	65	68	61	51	61	51	52	54	52	48	45
- starke Bindung	72			81	78	73	81	76	70	72	69	72	65
- schwache Bindung	37			56	52	38	53	41	43	48	46	42	41
- keine Bindung	20			40	28	21	23	17	35	30	32	24	34
Protestanten	35	38	38	41	32	28	35	29	39	22	34	37	28
- starke Bindung	54			60	45	41	55	54	41	50	47	70	44
- schwache Bindung	32			44	35	29	38	30	42	40	34	35	28
- keine Bindung	23			28	23	16	18	20	25	22	30	25	22
Konfessionslose	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	24	17	18

SPD	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Katholiken	22	19	26	26	34	42	33	40	41	35	34	32	36
- starke Bindung	10			15	18	22	17	17	27	21	22	16	18
- schwache Bindung	38			36	46	54	38	51	47	41	39	37	41
- keine Bindung	60			58	57	71	68	65	56	41	49	46	44
Protestanten	35	32	45	49	59	63	53	59	51	48	52	45	51
- starke Bindung	16			38	52	46	30	34	50	33	40	14	44
- schwache Bindung	36			45	56	63	50	58	49	47	53	47	51
- keine Bindung	61			59	67	72	72	67	62	61	53	55	52
Konfessionslose	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	45	46	50

FDP	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Katholiken	6		7	5	3	6	6	7	3	4	6	6	5
Protestanten	15		15	9	6	9	12	9	5	6	7	7	5
Konfessionslose	-		-	-	-	-	-	-	-	-	9	10	7

Grüne	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Katholiken	-		-	-	-	-	-	2	4	6	5	8	10
Protestanten	-		-	-	-	-	-	3	5	8	5	8	14
Konfessionslose	-		-	-	-	-	-	-	-	-	14	22	15

Sonstige	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
Katholiken	15		2	1	3	1	1	0	0	1	3	6	4

Protestanten	15	2	2	3	0	1	1	1	1	2	4	3
Konfessionslose	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9	5	10

Quellen: 1953: Reigrotzki-Studie, 1957: DIVO-Studie, 1965-1990: Bundestagswahlstudien, 1994: Politbarometer, 1998: DFG-Projekt 'Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland'. Ungewichtete Daten.

In Ostdeutschland verlaufen die Beziehungen zwischen Konfession, Kirchgang und Wahlverhalten etwas anders. Während in den alten Bundesländern die beiden Volksparteien bei den Mitgliedern der beiden christlichen Kirchen deutlich unterschiedlich abschneiden, besteht in Ostdeutschland der Hauptunterschied zwischen Gläubigen und Konfessionslosen. Bei ersteren erreicht die CDU eine deutliche Mehrheit; dagegen haben die Christdemokraten unter den Konfessionslosen ihre relative Mehrheit eingebüßt. Davon profitieren als Parteien, die recht deutlich ihren laizistischen Charakter herausstellen, sowohl die SPD als auch, in noch stärkerem Maße, die PDS.

Tabelle 7: Konfession und Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1990 bis 1998 in Ostdeutschland (Zweitstimmenanteile)

	CDU	SPD	FDP	Grüne	PDS	Sonstige
1990						
Katholisch	59	25	8	4	0	4
Evangelisch	57	19	10	6	2	7
Keine Konfession	38	28	8	7	10	8
1994						
Katholisch	64	22	-	8	4	2
Evangelisch	61	27	2	6	3	1
Keine Konfession	32	37	2	6	22	2
1998						
Katholisch	75	19	0	0	6	0
Evangelisch	45	32	3	4	9	6
Keine Konfession	18	39	3	2	27	11

Quelle: 1990,1994: Politbarometer, 1998: DFG-Projekt 'Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland'. Ungewichtete Daten

Im Hinblick auf die ökonomische und die konfessionell-religiöse Konfliktlinie läßt sich damit folgendes Fazit ziehen: Der gesellschaftliche Wandel hat die sozioökonomisch de-

finierten Stammwählerschaften schrumpfen lassen; ebenso hat die Säkularisierung die Zahl religiöser Menschen verringert. Insgesamt ist also das Potential möglicher Wechselwähler gewachsen. Einer deutlichen Verschiebung in der sozialstrukturellen Komposition des Elektorats steht eine weitgehend intakt gebliebene politische Prägekraft der sozialstrukturell begründeten Interessenlage der Wähler gegenüber. Diejenigen, die einer parteipolitisch klar zuzuordnenden Gruppe angehören, wählen „ihre Partei“ nach wie vor deutlich häufiger als konkurrierende Angebote. Auch in Ostdeutschland hat sich im Laufe der Zeit das aus Westdeutschland bekannte Muster tendenziell durchgesetzt.

4. Das Wechselpotential im sogenannten Ann Arbor-Ansatz

Weniger konkurrierend als komplementär zum Cleavage-Ansatz Lipsets und Rokkans versucht die stärker sozialpsychologisch orientierte Michigan-Schule Wahlverhalten mit Hilfe einer Trias von politischen Einstellungen zu erklären (vgl. Campbell et al. 1954, 1960). Die Bürger machen ihre Stimmentscheidung einerseits davon abhängig, inwieweit sie mit den Positionen der Parteien zu bestimmten politischen Streitfragen übereinstimmen und sie diese Parteien als kompetent erachten, die für sie wichtigen gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Andererseits spielt die Einschätzung des Personalangebots der konkurrierenden Parteien eine wichtige Rolle für die Stimmentscheidung des einzelnen Wählers. Und drittens beeinflussen die längerfristigen Einstellungen des Wählers zu den politischen Parteien sowohl dessen Beurteilung von Sachfragen und seine Einschätzung

der zur Wahl stehenden Kandidaten als auch die Wahlentscheidung selbst.

Innerhalb der Trias von Sachfragen-, Kandidaten- und Partei-orientierung ist die parteibezogene Komponente, die sog. Parteiidentifikation, das wichtigste Element. Diese in der Regel in einer frühen Sozialisationsphase erworbene und im Laufe des Lebenszyklus verfestigte Einstellung ist langfristig stabil und nimmt als generalisierte Orientierung im Einstellungsgefüge eines Individuums eine zentrale Position einnimmt. Sie wirkt als Filter für die Umweltwahrnehmung, färbt die anderen Einstellungen zugunsten der präferierten Partei und stabilisiert das Wahlverhalten. Dagegen sind die Sachfragen- und Kandidatenorientierungen naturgemäß stärker kurzfristigen Schwankungen unterworfen.

Auf Grund der Diskussion um die Übertragbarkeit des ursprünglich für die USA entwickelten Konzeptes der Parteiidentifikation auf die Bundesrepublik, die sowohl vor (vgl. etwa Zohlnhöfer 1965; Berger 1973, 1977; Falter 1977; Gluchowski 1978, 1983) als auch nach (vgl. Rattinger 1994a, 1994b; Gabriel 1997) der Wiedervereinigung geführt wurde, erscheint es zulässig, anhand dieses Instruments das Wechsellpotential in Deutschland zu untersuchen. Danach ergibt sich das Wahlergebnis unmittelbar aus dem Kräfteverhältnis der verschiedenen Identifizierergruppen, sofern sich sämtliche Bürger mit einer Partei identifizieren und ihrer Parteineigung an der Wahlurne folgen (vgl. zum Konzept der *normal vote* Converse (1966) und zu dessen Übertragung auf die Bundesrepublik Falter/Rattinger (1983)). Stabile Parteineigungen vorausgesetzt, ändert sich an dieser Verteilung über die Zeit wenig, so daß mittelfristig daraus ein nahezu statisches Parteiensystem resultiert.

Ein spürbarer Wandel der parteipolitischen Kräfteverhältnisse kann aus dieser Perspektive durch zwei Entwicklungen verursacht werden. Zum einen kann der Anteil der Wähler mit Parteiidentifikation zurückgehen, zum anderen können die Parteiidentifizierer zunehmend bei der Wahl von ihrer Parteibindung abweichen. Es handelt sich folglich wie im Falle der *cleavage*-Theorie auch hier um einen Kompositions- und einen Transitionseffekt, die zusammen oder jeder für sich eine wachsende Fluktuation des Wahlverhaltens erklären können. Analog zur *Cleavage*-Betrachtungsweise werden wir im folgenden daher zunächst den Anteil der Parteiidentifizierer und dann die Determinationskraft der Parteiidentifikationen im Längsschnitt untersuchen.

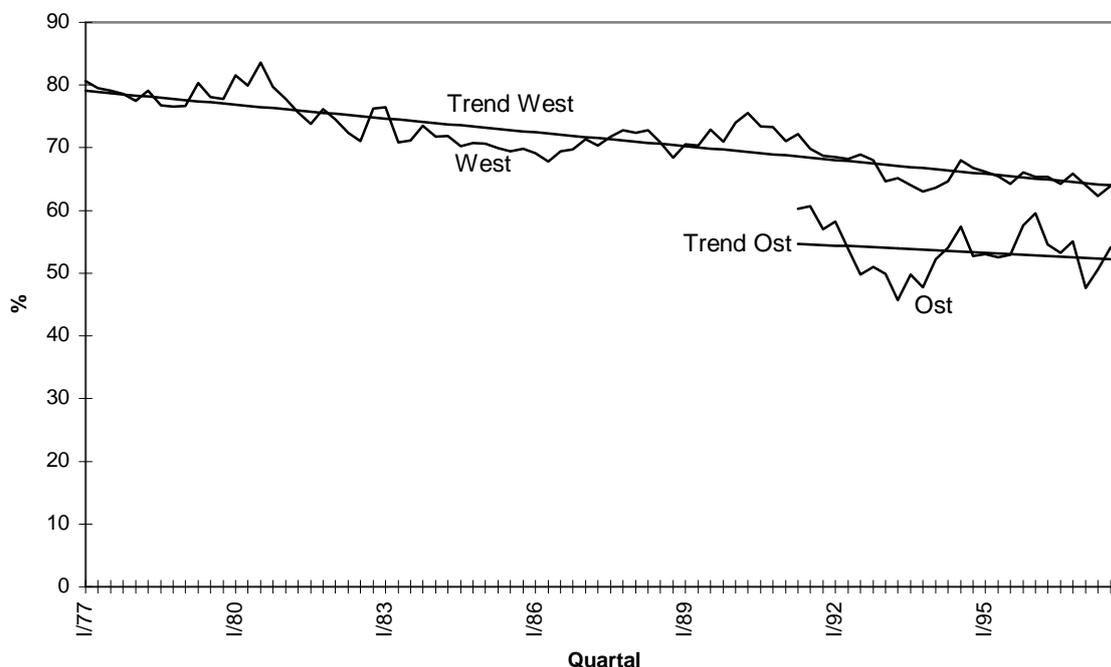
Über die Verbreitung von Parteiidentifikationen im deutschen Elektorat gibt Abbildung 2 Auskunft. Demnach ist in Westdeutschland der Anteil der Parteiidentifizierer seit den siebziger Jahren² relativ stetig von etwa 80 Prozent auf deutlich weniger als 70 Prozent zurückgegangen. Sieht man von zyklischen Schwankungen ab, lassen sich die markantesten Einbrüche zu Beginn der achtziger Jahre, also gegen Ende der sozialliberalen Koalition, sowie zu Beginn der neunziger Jahre beobachten.

Trotz des unverkennbaren Rückgangs des westdeutschen Parteiidentifizierer-Anteils übertrifft er die ostdeutsche Marke immer noch bei weitem. Zwischen Elbe und Oder bezeichnen sich lediglich 50 bis 60 Prozent der Bürger als längerfristige An-

² Vor den Bundestagswahlen 1972 und 1976 identifizierten sich 78% bzw. 84% der Wähler mit einer politischen Partei.

hänger einer politischen Partei. Diese Kluft entspricht den theoretischen Erwartungen, denn die Zeit seit der Wiedervereinigung ist zu kurz, als daß ein großer Teil des Elektorats sich bereits einer Partei verbunden fühlen könnte. Bemerkenswerterweise erweist sich der ebenfalls leicht abnehmende Anteil von Identifizierern in Ostdeutschland mit einigen Oszillationen als etwas stabiler als im Westen, so daß es den Anschein hat, als bewege sich Westdeutschland in dieser Hinsicht auf das niedrigere ostdeutsche Niveau zu. Im Saldo scheint das Hinzutreten der neuen Bundesländer dem ebenso langsamen wie stetigen Bedeutungsverlust der Parteiidentifikationen in Deutschland einen weiteren Schub verliehen zu haben.

Abbildung 2: Anteil der Befragten mit Parteiidentifikation 1977-1997 (in Prozent)



Quelle: Politbarometer 1977-1997.

In der alten Bundesrepublik hatte der Einfluß der Parteiidentifikationen bis zum Beginn der neunziger Jahre kaum abgenommen (vgl. Tabelle 8). Durchweg stimmten mehr als 90 Prozent der Parteiidentifizierer für die entsprechende politische Partei. Erst 1994 und 1998 läßt sich eine deutliche Abschwächung erkennen, als etwa fünf Prozentpunkte weniger als in sämtlichen Wahlen zuvor für die langfristig präferierte Partei stimmten.

Auf Grund der theoretischen Überlegungen zur Parteiidentifikation könnte man erwarten, daß die Wiedervereinigung den Rückgang der das Wahlverhalten und das Parteiensystem stabilisierenden Faktoren beschleunigt hat. Für diese Vermutung finden sich jedoch in der Realität keine Anhaltspunkte. Denn die deutlich weniger Ostdeutschen, die sich mit einer Partei identifizieren, votieren nicht in geringerem, sondern sogar in tendenziell höherem Maße für 'ihre' Partei.

Tabelle 8: Anteil der Bürger, die ihre Zweitstimme im Einklang mit ihrer Parteiidentifikation abgeben (in % der Parteiidentifizierer, ohne Nichtwähler)

Gebiet	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
West	93,1	93,3	93,9	94,3	95,5	93,9	86,9	84,9
SPD	92,4	90,6	94,3	96,0	94,3	95,0	87,0	88,8
CDU/CSU	96,2	97,3	95,8	96,3	97,3	95,5	87,9	85,2
Ost						72,1	89,8	86,5
SPD						74,4	93,6	86,4
CDU						88,9	95,4	88,5

Quelle: 1972-1990: Bundestagswahlstudien, 1990 Ost: Kieler Wahlstudie 1990 (mit allerdings etwas modifizierter Frageform), 1994: Politbarometer, 1998: DFG-Projekt 'Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland'. Ungewichtete Daten.

Ähnlich wie im Falle der sozialstrukturellen Interpretation des Wahlverhaltens sprechen die Indikatoren des sozialpsychologischen Ansatzes einerseits für eine deutliche Veränderung der Komposition des Elektorats: Die Wähler mit Parteiidentifikation verlieren quantitativ an Bedeutung. Andererseits deuten die Befunde auf eine weitgehend stabile Determinationskraft der Parteiidentifikation hin; allerdings scheint sich in den neunziger Jahren auch hier eine Abschwächung abzuzeichnen. Das wachsende Wechselpotential ist mittlerweile also nicht nur das Ergebnis eines geringeren Anteils an Parteiidentifizierern, sondern auch der schwindenden politischen Wirksamkeit der Parteibindungen bei Wahlen. Es scheint mithin in der Tat ein sog. *Dealignment*-Prozeß (vgl. Dalton/Rohrschneider 1990) im Gange zu sein.

5. Ausblick: Politik im Zeichen eines steigenden Wechselpotentials

Unsere Untersuchung stützt die Ausgangshypothese einer zunehmenden Wechselbereitschaft innerhalb des deutschen Elektorats. Unabhängig davon, ob man die *Cleavage*-Theorie oder den Ann Arbor-Ansatz verwendet, haben unserer Analyse zufolge die das Wahlverhalten und damit das bestehende Parteiensystem stabilisierenden Faktoren während der letzten Jahre erkennbar an Bedeutung verloren. Anders als es die 1998 erfolgten dramatischen Verschiebungen in der politischen Landschaft der Bundesrepublik vermuten lassen, war das dafür erforderliche Wechselpotential bereits seit einer Reihe von Jahren vorhanden. Die Bundestagswahl 1998 zeichnet sich in dieser Perspektive ledig-

lich dadurch aus, daß es erstmals gelungen ist, dieses Potential in einem erheblichen Maße tatsächlich zu aktualisieren. Eine offenkundige Konsequenz der gewachsenen Unberechenbarkeit der Wähler haben wir 1998 bereits erlebt. Es wird u. E. wahrscheinlicher, daß die Wähler auch in Zukunft Regierungswechsel erzwingen. Auch müssen einzelne Parteien damit rechnen, herbe Verluste hinzunehmen, im einen oder anderen Falle vielleicht sogar ihre parlamentarische Existenz einzubüßen. Auf der anderen Seite haben Parteineugründungen größere Chancen, die Fünfprozenthürde zu überwinden und in den Bundestag einzuziehen. Mit einem Wort, das bundesdeutsche Parteiensystem dürfte in den kommenden Jahren stärker in Bewegung geraten als in den letzten, durch weitgehende Stabilität geprägten Jahrzehnten. Eine unmittelbare Folge davon ist, daß sich Parteien wie Regierungen viel weniger als zuvor auf einst erworbenen Lorbeeren ausruhen können, sondern die Wähler stets von neuem dazu bewegen müssen, ihnen zu vertrauen. Tatsächliche oder vermeintliche politische Fehlleistungen werden sich weit nachdrücklicher auf die Chancen im Kampf um die Wählergunst auswirken als bisher. Insgesamt sollte sich der Wettbewerbscharakter in der politischen Auseinandersetzung verstärken, so daß man den Eindruck gewinnen könnte, die politische Realität näherte sich dem idealtypischen politischen Wettbewerb Downsscher (Downs 1957) Provenienz um die beste Lösung anstehender gesellschaftlicher Probleme an.

Diese Vermutung erscheint allerdings insofern problematisch, als sie dem nicht langfristig an eine Partei gebundenen Wähler unterstellt, anstelle der fehlenden Parteiloyalitäten orientiere er sich bei seiner Entscheidung ausschließlich an politischen Sachfragen. Das Spektrum möglicher Kurzfristeinflüsse

ist jedoch breiter gefächert. Ebensogut wie die Programmvorschläge der Parteien kann der parteilich nicht gebundene Wähler allein die Attraktivität des Personalangebots der Parteien zum Kriterium erheben. Taktische Erwägungen können ebenso an Bedeutung gewinnen wie rein emotional begründeter Protest gegen 'die Politik' (siehe Klingemann/Wattenberg 1990: 325). Vor diesem Hintergrund greift zu kurz, wer den Bedeutungsverlust langfristiger Bindungen mit der Heraufkunft des kühl kalkulierenden Wählers gleichsetzt. Es bleibt daher nur festzuhalten, daß ein wachsender Teil der Wahlberechtigten für kurzfristige Einflüsse empfänglich ist, welchen Inhalts diese sind, bleibt zunächst unbestimmt.

Literatur

- Berger, Manfred, 1973: Parteiidentifikation in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift, 14.Jg., S. 215-225.
- Berger, Manfred, 1977: Stabilität und Intensität von Parteineigungen, in: Politische Vierteljahresschrift, 18.Jg., S. 501-509.
- Blondel, Jean, 1968: Party Systems and Patterns of Government in Western Democracies, in: Canadian Journal of Political Science, Vol. 1, S. 180-203.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E., 1960: The American Voter, New York.
- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E., 1954: The Voter Decides, Evanston, Ill.
- Converse, Philip E., 1966: The Concept of a Normal Vote, in: Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller, Donald E. Stokes (Hrsg.), Elections and the Political Order, New York, S. 9-39.
- Crewe, Ivor, 1981: Electoral Participation, in: David Butler, R. Penniman, Austin Ranney (eds.), Democracy at the Polls, Washington/London, S. 216-263.
- Dahrendorf, Ralf, 1957: Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart.
- Dalton, Russell J./Rohrschneider, Robert, 1990: Wählerwandel und die Abschwächung der Parteineigung von 1972 bis 1987, in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen, S. 297-324.
- Downs, Anthony, 1957: An Economic Theory of Democracy, New York.

- Falter, Jürgen W., 1977: Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen?, in: Politische Vierteljahresschrift, 18.Jg., S. 476-500.
- Falter, Jürgen W., 1981: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: Politische Vierteljahresschrift, 22. Jg., S. 236-263.
- Falter, Jürgen W./Klein, Markus, 1994: Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994: Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B-51/52, S. 22-34.
- Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans, 1983: Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse, in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen, S. 320-421.
- Falter, Jürgen W./Schumann, Siegfried, 1993: Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B11, S. 36-49.
- Gabriel, Oscar W., 1997: Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs, in: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn, S. 233-254.
- Gluchowski, Peter, 1978: Parteiidentifikation im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, in: Dieter Oberndörfer (Hrsg.), Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, S. 265-323.
- Gluchowski, Peter, 1983: Wahlerfahrung und Parteiidentifikation: Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System, Opladen, S. 442-477.
- Gluchowski, Peter/von Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich, 1997: Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland, in: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn, S. 179-208.
- Jesse, Eckhard, 1997: Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, 8.Auflage, Baden-Baden.
- Klingemann, Hans-Dieter/Wattenberg, Martin P., 1990: Zerfall und Entwicklung von Parteiensystemen: Ein Vergleich der Vorstellungsbilder von den politischen Parteien in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland, in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen, S. 325-344.
- Laakso, Markku/Taagepera, Rein, 1979: „Effective“ Number of Parties, in: Comparative Political Studies, Vol. 12, S. 3-27.
- Lange, Peter/Meadwell, Hudson, 1985: Typologies of Democratic Systems: From Political Inputs to Political Economy, in: Howard J. Wiarda (ed.), New Directions in Comparative Politics, Boulder, S. 80-112.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein, 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: Seymour M. Lipset, Stein Rokkan

(Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York/London: Collier, Macmillan, S. 1-64.

Metje, Matthias, 1994: Wählerschaft und Sozialstruktur im Generationswechsel, Wiesbaden.

Niedermayer, Oskar, 1992: Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen, in: Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Frankfurt/Main, S. 19-49.

Pappi, Franz Urban, 1977: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, in: Politische Vierteljahresschrift, 18.Jg., S. 195-229.

Pappi, Franz Urban/Terwey, Michael, 1982: The German Electorate: Old Cleavages and New Political Conflicts, in: Herbert Döring, Gordon Smith (Hrsg.), Party Government and Political Culture in Western Germany, London/Basingstoke, S. 174-196.

Rattinger, Hans, 1994a: Parteineigungen, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 1992, in: Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel, Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland, Frankfurt/Main, S. 267-315.

Rattinger, Hans, 1994b: Parteiidentifikationen in Ost- und Westdeutschland nach der Vereinigung, in: Oskar Niedermayer, Klaus von Beyme (Hrsg.), Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin, S. 77-104.

Rattinger, Hans/ Krämer, Jürgen, 1995: Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse, in: Politische Vierteljahresschrift, 36.Jg., S. 267-285.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1997, Bonn 1997.

Sternberger, Dolf, 1953: Das deutsche Wahlwunder, in: Die Gegenwart, 8.Jg., Nr. 190, S. 584-587.

Zohlhöfer, Werner, 1965: Parteiidentifizierung in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten, in: Erwin K. Scheuch, Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Zur Soziologie der Wahl, Opladen, S. 126-168.